



Wo US-Präsident Donald Trump auftritt – wie etwa hier am diesjährigen WEF in Davos –, steht er konkurrenzlos im Mittelpunkt.

MARKUS SCHREIBER / AP

So stabilisieren sich Autokratien

Mit seinem pausenlosen Aktivismus lenkt US-Präsident Donald Trump von innen- und aussenpolitischen Problemen ab. Das sich schwindelerregend drehende Karussell seiner Inszenierungen verschleiert die Erosion der Demokratie.

Gastkommentar von Bruno S. Frey und Margit Osterloh

Auf die Frage der «New York Times», was die Grenzen seiner Macht seien, antwortete der US-Präsident Donald Trump: «Mein eigenes Gewissen. Mein eigenes Denken.» Deutlicher lässt sich eine Absage an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht ausdrücken.

Das öffentliche Bekenntnis zum absoluten Machtanspruch ist umso bedrohlicher, als dies eine Manipulation der in diesem Jahr anstehenden Midterm-Elections wahrscheinlicher macht. Etwa indem haltlose Behauptungen über Wahlbetrug verbreitet werden oder indem in demokratischen Hochburgen der Notstand ausgerufen und Sicherheitskräfte entsandt werden, welche die Stimmberechtigten vom Urnengang abhalten.

Es ist nicht einmal auszuschliessen, dass Trump 2028 eine dritte Periode als Präsident anstrebt. Etwa indem er als Kandidat für die Vizepräsidentschaft antritt und seinen gewählten Nachfolger veranlasst, nach der Wahl zurückzutreten, um ihm die Position als Präsident zu überlassen. Wir haben lernen müssen, dass solche und ähnliche Ungeheuerlichkeiten in den Bereich der Möglichkeit getreten sind, die wir bisher für undenkbar gehalten haben.

Der Staat als Waffe

Die amerikanischen Harvard-Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt haben 2018 in ihrem Bestseller «Wie Demokratien sterben» argumentiert, heute würden Demokratien nicht mehr in erster Linie durch gewaltsame Umstürze zerstört. Vielmehr beginne der demokratische Rückschritt meist an der Wahlurne.

Autoritäre Führer wie Hugo Chávez in Venezuela, Viktor Orban in Ungarn, Recep Tayyip

Wie kann eine solch offene Demontage demokratischer Spielregeln in einem Land geschehen, das zu den ältesten Demokratien der Welt gehört?

Erdogan in der Türkei oder eben auch Donald Trump in den USA kamen in freien Wahlen an die Macht. Erst nach ihrem Amtsantritt begannen sie, die Demokratie Stück für Stück zu zerbröckeln. Sie stabilisieren die Autokratie, indem sie erstens zunächst in Wort und dann in der Tat die demokratischen Spielregeln infrage stellen, zweitens politischen Gegnern die Legitimität absprechen und sie als Kriminelle verunglimpfen, drittens Gewalt tolerieren oder sogar befürworten und viertens die bürgerlichen Freiheiten von Gegnern einschliesslich der Medien beschneiden. Trump folgt diesem Drehbuch.

Die beiden Autoren argumentierten darüber hinaus, dass die Demokratie – beginnend mit freien Wahlen – schleichend erodiere, so dass viele Bürger dies gar nicht wahrnähmen. Von schleichender Erosion der Demokratie kann allerdings im Falle von Donald Trump keine Rede sein: Der Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschieht offen und mit Ansage. Etwa wenn er gegen den früheren FBI-Chef James Comey oder die Fed-Gouverneurin Lisa Cook mit lächerlichen Vorwürden ermitteln lässt oder bei einer Rede vor republikanischen Kongressabgeordneten mit der Idee spielt, Wahlen abzuschaffen.

Wie kann eine solch offene Demontage demokratischer Spielregeln in einem Land geschehen, das zu den ältesten Demokratien der Welt gehört? Zum einen werden die Kosten für den öffentlichen Widerstand erhöht. Jüngstes Beispiel ist der Versuch, die Unabhängigkeit der Zentralbank Fed zu unterlaufen, indem der Notenbankpräsident Jerome Powell mit einem Strafverfahren eingeschüchtert werden soll.

Auch wenn Trump die Gerichte nicht kontrollieren kann, verursacht die Androhung von strafrechtlicher Verfolgung bei den Betroffenen nicht

nur Ärger und Verunsicherung, sondern erhebliche Aufwendungen in Form von Zeit, Energie und Ressourcen für die Verteidigung. Die Ausübung demokratischer Grundrechte wird erschwert.

In die gleiche Richtung gehen die Verleumdungsklagen, mit denen kritische Medien bedroht werden, die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit oder der Versuch, den Kündigungsschutz für hochrangige Fachbeamte zu lockern, um sie politisch besser kontrollieren zu können.

Zum anderen wird mithilfe einflussreicher Wirtschaftsführer der Staat als politische Waffe ausgebaut, wie es Steven Levitsky und Lucan A. Way dargestellt haben («NZZ am Sonntag», 1. 3. 25). Wir alle erinnern uns an das «Billion-Dollar-Foto» anlässlich der Amtseinführung von Donald Trump, auf dem Tech-Milliardäre wie Mark Zuckerberg und Jeff Bezos – aufsummiert Billionen Dollar wert – mitten im Zentrum der Zeremonie stehen.

Mark Zuckerberg hat dafür gesorgt, dass Meta seine Faktenchecks aufgibt und Trumps Fake News florieren können. Jeff Bezos kontrolliert die «Washington Post». Er bewirbt sich mit Amazon erfolgversprechend um Staatsaufträge. Die loyalen Tech-Milliardäre sorgen dafür, dass der Einfluss der Regierung immer grösser wird.

Auch sonst führt Trump mehr und mehr staatskapitalistische Verhältnisse ein: Die Regierung beteiligt sich an einer Reihe von Unternehmen wie Intel oder MP Materials. Trump genehmigt Nvidia den Verkauf von KI-Chips nach China, will aber 25 Prozent der Umsätze einbehalten. Er will institutionellen Investoren untersagen, neue Einfamilienhäuser zu kaufen, und Banken verbieten, mehr als 10 Prozent Zinsen auf Kreditkartenkäufe zu erheben. Vom versprochenen Abbau des Staates keine Rede.

Rotieren wie ein Kreisel

Eine weitere Strategie wurde von Trump zur Meisterschaft entwickelt: Mithilfe eines pausenlosen Aktivismus wird die Aufmerksamkeit von den steigenden Kosten des Widerstands, der Zunahme staatlichen Einflusses und dem Abbau der Demokratie abgelenkt.

Der Historiker Götz Aly beschreibt in seinem neuen Buch «Wie konnte das geschehen?», wie diese Strategie bereits im «Dritten Reich» angewendet wurde. Er bezieht sich dabei auf den Ökonomen Wilhelm Röpke, der mit dem Bild eines rotierenden Kreisels anschaulich machte, worum es geht: Der Kreisel muss permanent angetrieben werden, damit er nicht wackelt und umfällt. Lässt die Drehzahl nach, rumpelt er zu Boden. Um das zu verhindern, muss er mit immer neuen Aktionen in Bewegung gehalten werden.

Damit überdeckt Trump, was innenpolitisch schiefläuft, etwa steigende Lebenshaltungskosten, und was aussenpolitisch wenig nachhaltig ist, etwa der Waffenstillstand im Gazastreifen. Der Epstein-Skandal wird vergessen gemacht durch die spektakuläre Gefangennahme Maduros. Ist diese beendet, wird nicht etwa die Lage der geplagten Bevölkerung Venezuelas verbessert, sondern die Diskussionen um die Einnahme Grönlands und einen Angriff auf Iran angeheizt. Das Karussell der temporeichen Inszenierungen betäubt die Bürger und lenkt erfolgreich von der Zerbröckelung der Demokratie ab.

Wie lassen sich solche Strategien abschwächen oder gar verhindern? Die Autoren Levitsky und Ziblatt sehen vor allem die politischen Parteien und Eliten in der Pflicht. Sie halten wenig von der kollektiven Klugheit der Wähler. Sie mögen recht haben, wenn es nur alle vier oder fünf Jahre Parlamentswahlen gibt. Die gewählten Machthaber können in diesem Fall den politischen Konjunkturzyklus ausnützen. Sie versprechen vor den Wahlen Massnahmen, die dem Volkswillen entsprechen, verfolgen danach aber ihre eigenen Ziele.

Volksentscheide als Korrektiv

Anders sieht es in der direkten Demokratie aus, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, sich stetig und unmittelbar zu Sachthemen zu äussern. Sie verhindert die Machtkonzentration bei Autokraten und den mit ihnen verbündeten Milliardären. Ihr Einfluss wird durch Volksabstimmungen ausgebremst.

Die direkte Demokratie hemmt darüber hinaus den atemlosen Aktionismus, mit dem die Bürger betäubt werden sollen. Deren Aufmerksamkeit ist auf Themen gerichtet, die sie unmittelbar betreffen und über die sie – nicht die Autokraten – entscheiden. Die Strategie des permanent in Bewegung gehaltenen Kreisels zur Stabilisierung der Macht läuft ins Leere. Auch wenn heute Autokraten in erster Linie durch Wahlen in die Regierung kommen, errichtet die direkte Demokratie wirksame Barrieren für Autokratien. Wir müssen sie deshalb energisch schützen.

Bruno S. Frey und Margit Osterloh sind emeritierte Professoren der Universität Zürich, ständige Gastprofessoren der Universität Basel und Forschungsdirektoren von Crema in Zürich.